

Verwaltungskosten in der GKV Seit Jahren konstant, im Vergleich niedrig

Das Thema Verwaltungskosten in der gesetzlichen Krankenversicherung, schrieb das Branchenblatt Gesundheitspolitischer Informationsdienst vor einiger Zeit, ist eigentlich unspektakulär. Trotzdem gehe davon „offensichtlich eine hohe Faszination aus.“ Etwas markanter drückte es die Bertelsmann Stiftung aus, die in ihrem gesundheitsmonitor von einem „Mythos“ spricht.

Kritik an den „zu hohen“ und „steigenden“ Verwaltungsausgaben der GKV gehört gleichsam zum Pflichtprogramm der gesundheitspolitischen Debatte. Vor allem manche Ärztevertreter versuchen bisweilen, von den hohen Honorarsteigerungen für ihr Klientel abzulenken, indem sie in regelmäßigen Zeitabständen in polemischer Weise den Vorwurf der vermeintlichen Verschwendung von Beitragsgeldern in den Verwaltungsapparaten der Krankenkassen wiederholen. Aktuell hat auch der Gesetzgeber mit der letzten Reform mal wieder ein Zeichen gesetzt und die Verwaltungskosten für 2011 und 2012 auf dem Niveau von 2010 grundsätzlich eingefroren.

Nun ist es durchaus verständlich und richtig, dass im Umgang mit Pflichtbeiträgen eine besondere Sorgfalt eingefordert wird. Richtig ist aber auch, schreibt die Bertelsmann Stiftung, „dass sich die Nettoverwaltungsausgaben seit Jahrzehnten zwischen fünf und sechs Prozent der Leistungsausgaben bewegen und auch niemals explodiert sind“. Der Anstieg etwa von 2006 auf 2007 habe mit 0,32 Prozent noch unter der Inflationsrate gelegen. Genau genommen ergibt sich folgendes Bild: 2009 betrug ihr Anteil 5,22 Prozent. Betrachtet man die Entwicklung seit 1999, dann stellt man fest, dass der Anteil der Verwaltungskosten seinen Höhepunkt von 5,79 Prozent 2004 erreichte und seitdem auf 5,22 Prozent 2009 gesunken ist. Der Verwaltungskostenanteil an den Gesamtausgaben lag von 1999 bis 2009 im Durchschnitt bei 5,48 Prozent. Eine anderer wichtiger Vergleich: Die Verwaltungskosten stiegen deutlich langsamer als die Gesamtausgaben der GKV. Die sind im Übrigen alles Zah-

len, die offiziell vom Bundesgesundheitsministerium veröffentlicht werden.

Zur inhaltlichen Einordnung: Gesetzliche Krankenkassen sind Dienstleistungsunternehmen und Dienstleistung schafft Verwaltungskosten. Insofern sind diese nur ein Ausdruck der Servicefunktion der Krankenkassen für ihre Versicherten. Auch schaffen es die Krankenkassen, die Verwaltungskosten weitgehend konstant zu halten, obwohl ihnen immer neue Aufgaben vom Gesetzgeber zugewiesen werden. Als Beispiele sind hier zu nennen: die Festbeträge bei Arzneimitteln, die Einführung von DRGs im Krankenhausbereich, der Risikostrukturausgleich und seine Modifizierung zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA), die flächendeckende Umsetzung strukturierter Behandlungsprogramme für chronisch Kranke (DMPs), das Fallmanagement im Krankenhaus, Qualitätssicherung, Controlling, Datenaustausch und vieles mehr. Das alles sind Leistungen für die Versicherten und kein Aufbau überflüssiger Bürokratie.

Lohnend erscheint in diesem Zusammenhang auch ein Blick auf die PKV. Wie es in dem Papier der Bertelsmann Stiftung heißt, beziffere selbst deren eigener Verband für 2009 den Anteil der Verwaltungs- und Abschlusskosten an sämtlichen Ausgaben der PKV mit 14,6 Prozent.

Auch einen Vergleich mit der Industrie braucht die GKV nicht zu scheuen. Eine Studie der BiTS Business and Technology School gGmbH hat die Verwaltungskosten in acht Industriezweigen 2004 untersucht. Vergleicht man die ermittelten Verhältnisse der Verwaltungskosten zu Umsatzerlösen mit dem Anteil der Verwaltungskosten an den Gesamtausgaben der GKV, dann stellt man fest, dass die Letzteren niedriger als in der Konsumgüter-, Investitionsgüter-, Software- und Pharmaindustrie lagen. Zur Erinnerung: 2004 erreichte der Anteil der Verwaltungskosten an den GKV-Gesamtausgaben seinen Höhepunkt und sank seitdem.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landesvertretung Nordrhein-Westfalen des vdek
Graf-Adolf-Straße 67-69 · 40210 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 3 84 10-0 · Telefax: 02 11 / 3 84 10-20
Verantwortlich: Andreas Hustadt
Redaktion: Dirk Ruiss, Bärbel Brünger